

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Antwort

Anfrage der Abgeordneten Dirk Toepffer, Frank Oesterhelweg, Ernst-Ingolf Angermann, Martin Bäumer, Karl-Heinz Bley, André Bock, Helmut Dammann-Tamke, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Ansgar Focke, Rainer Fredermann, Clemens Große Macke, Karsten Heineking, Gerda Hövel, Ingrid Klopp, Klaus Krumfuß, Dr. Max Matthiesen, Axel Miesner, Gudrun Pieper, Dr. Stephan Siemer, Ulf Thiele und Lutz Winkelmann (CDU), eingegangen am 23.05.2014

Wie bewertet die Landesregierung den geplanten Kauf der Öl- und Gasförderfirma RWE Dea sowie die Übernahme des Gasspeichers im niedersächsischen Rehden durch Gazprom?

Der Bundeswirtschaftsminister hat sich für den Verkauf des RWE-Gas- und Öltochterunternehmens Dea an die LetterOne-Gruppe ausgesprochen. RWE und LetterOne, die vom russischen Oligarchen Michail Fridman geführt werden, haben Ende März 2014 einen Vertrag über die Veräußerung der RWE Dea AG unterzeichnet. Die Öl- und Gasfördertochter Dea wurde hierbei mit rund 5,1 Mrd. Euro bewertet.

Ebenso solle der Bundeswirtschaftsminister hinsichtlich der vollständigen Übernahme des größten deutschen Gasspeichers im niedersächsischen Rehden durch das russische Unternehmen Gazprom Einverständnis signalisiert haben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Übernahme des Gasspeichers in Rehden durch Gazprom sowie den Verkauf des Unternehmens Dea an die LetterOne-Gruppe?
2. Wie wirken sich die geplanten Veräußerungen auf die Versorgungssicherheit niedersächsischer Kunden im Erdgassegment aus?
3. Welche Alternativen gibt es aus Sicht der Landesregierung, um die Abhängigkeit von Erdgasimporten aus Russland zu verringern?

(An die Staatskanzlei übersandt am 05.06.2014 - II/725 - 764)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie und Klimaschutz
- Ref17-01425/17/7/11-0032 -

Hannover, den 10.07.2014

Deutschland ist derzeit - wie die anderen Länder der Europäischen Union - auch in hohem Maße auf Energieimporte angewiesen. 2012 wurden von Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des BDEW Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. 36,1 Mrd. Kubikmeter Erdgas aus Russland importiert. Dies entsprach einem Anteil von 39,3 % des Verbrauchs im Inland. Im selben Jahr wurden 34 702 Tausend t Rohöl aus Russland importiert. Dies entsprach einem Anteil von 36,2 % am deutschen Rohölaufkommen. 2013 sank der Import aus Russland auf 31 447 Tausend t, entsprechend einem Anteil von 33,8 % am deutschen Rohölaufkommen. Laut Statistik der Kohlewirtschaft wurden 2012 10 Mio. t und 2013 11,8 Mio. t Steinkohle und Steinkohlebriketts aus Russland eingeführt. Dies entsprach einem Anteil von 24,3 beziehungsweise 26,3 % der Gesamteinfuhren.

Die Landesregierung strebt langfristig eine Energieversorgung aus 100 % erneuerbaren Quellen an. Mit dieser Politik schützt sie nicht nur das Klima, sondern mindert in großem Umfang die Importabhängigkeit unserer Energieversorgung.

Aktuell trägt die heimische Erdgasförderung, die zu weit mehr als 90 % in Niedersachsen stattfindet, nicht unerheblich zur Versorgungssicherheit und Preisstabilität im Erdgassektor bei. Zudem sorgen Erdgasspeicher in Kavernen und ausgeförderten Lagerstätten mit einem Speichervolumen (Arbeitsgasvolumen) von rund 24 Mrd. Kubikmetern in 51 Untertagespeichern an 40 Standorten, davon mehr als 10 Mrd. Kubikmeter in Niedersachsen, mit für Versorgungssicherheit. Speicher für weitere 8 Mrd. Kubikmeter sind in Bau beziehungsweise in Planung. Deutschland ist damit europaweit größtes und weltweit viertgrößtes Speicherland; Niedersachsen ist das achtgrößte Speicherland der Welt. Aktuell reicht das Speichervolumen in Deutschland für die Einlagerung von 25 % des heimischen Jahresverbrauchs.

Vor diesem Hintergrund steht die Landesregierung zur weiteren Förderung des im Verhältnis zu Öl und Kohle weniger klimaschädlichen, heimischen Erdgases aus konventionellen Lagerstätten unter Beachtung hoher Umweltstandards. Langfristig werden im Gassektor Möglichkeiten gesehen, Erdgas durch Biogas und mithilfe von Strom aus erneuerbaren Quellen zu substituieren. Erdgas könnte technisch betrachtet eine wichtige Funktion beim Übergang vom Zeitalter der fossilen Energien ins Zeitalter der erneuerbaren Energien einnehmen.

In die deutschen und europäischen Debatten zur Versorgungssicherheit im Energiesektor bringt Niedersachsen seine Interessen ein.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Grundsätzlich ist die Landesregierung offen für Investitionen ausländischer Unternehmen. Die heimische Wirtschaft profitiert von Investitionen ausländischer Investoren. Sie schaffen und sichern Arbeitsplätze.

Die Übernahme des Speichers in Rehden durch Tochtergesellschaften der mehrheitlich im russischen Staatsbesitz befindlichen Gazprom ist in erster Linie eine unternehmerische Entscheidung. Transaktionen dieser Größenordnung unterliegen der Fusionskontrolle durch die zuständigen Kartell- bzw. Wettbewerbsbehörden.

Der Speicher und sein Betrieb unterliegen unverändert deutschem Recht. Die Landesregierung sieht niedersächsische Interessen und Interessen der Versorgungssicherheit nicht beeinträchtigt.

Auch der Erwerb der Unternehmenssparte DEA durch die LetterOne Group ist in erster Linie eine unternehmerische Entscheidung. Der geplante und für 2014 von den Unternehmen beabsichtigte endgültige Zusammenschluss unterliegt der kartellrechtlichen Überprüfung der zuständigen Wettbewerbsbehörden. Eine Prüfung nach dem Außenwirtschaftsrecht durch das Bundeswirtschaftsministerium ist bei dem erwerbenden Unternehmen mit Sitz in der EU nur möglich, wenn es Anzeichen für ein Umgehungsgeschäft gäbe und der Erwerb die öffentliche Ordnung und Sicherheit, in diesem Fall die Versorgungssicherheit, tangierte.

Als Explorations- und Förderunternehmen unterliegt die RWE Dea bei der Aufsuchung und Förderung von Erdgas in Niedersachsen dem deutschen Recht. Zudem wird das in Niedersachsen geförderte niedrig kalorische Erdgas (L-Gas) wegen seiner spezifischen Gasqualität primär nur im Inland abgesetzt.

Zu 2:

Die Landesregierung sieht aufgrund der Tatsache, dass sich die Erdgasspeicher im liberalisierten Markt befinden und weiterhin dem EU- und dem deutschen Recht unterliegen, keine Gefährdung der Versorgungssicherheit niedersächsischer Kunden im Erdgassegment. Insbesondere das u. a. an der Versorgungssicherheit orientierte Energiewirtschaftsgesetz trägt dazu bei.

Der Fakt, dass das in Niedersachsen geförderte Erdgas überwiegend auf dem heimischen Markt abgesetzt wird, sorgt dafür, dass durch die Änderung der Besitzstruktur eines Explorationsunternehmens zunächst keine Gefährdung der Versorgungssicherheit eintritt. Zukunftsgerichtete Pla-

nungen zur weiteren Förder- und Feldesentwicklung im Bereich der von RWE Dea betriebenen Erdgasfelder in Niedersachsen, die auch langfristig einen Beitrag zur Versorgungssicherheit gewährleisten können, sind der Landesregierung durch den Eigentümerwechsel bisher nicht bekannt geworden.

Zu 3:

Die Landesregierung strebt langfristig eine 100-prozentige Energieversorgung mittels erneuerbarer Energien an. Dies ist ein wichtiger Baustein zur Senkung der Abhängigkeit von Energieimporten und zum Klimaschutz. Dekarbonisierung, Energiesparen und die Steigerung der Energieeffizienz sind somit wichtige Faktoren für eine Verringerung der Importe von Energierohstoffen.

Kurz- und mittelfristig stellt eine weitere Diversifizierung der Bezugsquellen eine Möglichkeit zur Senkung der Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland dar. Neben einer Ausweitung der Einfuhren aus den weiteren größeren Erdgaslieferländern Norwegen und den Niederlanden, ist ein verstärkter Bezug von LNG (verflüssigtem Erdgas) denkbar. Mit den LNG-Terminals in den Niederlanden und in Belgien ist Deutschland, insbesondere Niedersachsen, durch Pipelines gut verbunden. Somit wären auch Möglichkeiten für Erdgaslieferungen aus anderen Drittstaaten gegeben.

Stefan Wenzel